



27.04.2022

Betr: Offener Brief der IPPNW zum Sondervermögen für die Bundeswehr

Sehr geehrter Herr Scholz,
Sehr geehrte Frau Baerbock,
Sehr geehrte Frau Lambrecht,
Sehr geehrte Frau Strack-Zimmermann,

die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens Bundeswehr wird vorbereitet und die erste Lesung ist für den 27. April 2022 im Bundestag terminiert. Wenn die erforderliche 2/3 Mehrheit für die Änderung des Grundgesetzes erreicht wird - darf der Bund bis zu 100 Milliarden Euro „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ Deutschlands bereitstellen.

Die Ärzt*innenorganisation IPPNW lehnt das 100 Milliarden-Programm für die deutsche Bundeswehr entschieden ab. Als Friedensnobelpreisträgerin sehen wir unsere Aufgabe in der Verhinderung des Atomkrieges sowie des Krieges durch Konfliktbearbeitung und friedlichen Lösungen.

Angesichts der explosiven Situation in der Ukraine ist jegliche Eskalation zu vermeiden. Der Reflex zur Bewaffnung und Aufrüstung als Antwort auf den Angriffskrieg in der Ukraine ist nicht hilfreich. Eine massive Aufrüstung zieht Kraft, Ressourcen und Intellekt von den globalen Herausforderungen wie der Klimakrise und globaler sozialer Gerechtigkeit inklusiv der Bekämpfung des weltweiten Hungers ab. Es ist inakzeptabel, dass die Bundesregierung die Entwicklungshilfe entgegen der Versprechung im Koalitionsvertrag kürzt.

Das 100 Milliarden-Programm für die Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht, besser wäre es, die Finanzmittel zu verwenden, um Deutschland von fossilen Ressourcen unabhängig zu machen und um die Geflüchteten aus der Ukraine zu unterstützen.

Schwerwiegende Bedenken haben wir im Hinblick auf den Kauf des F-35 als Nachfolger für die Tornado-Kampffjets. Mit diesen Flugzeugen können deutsche Pilot*innen US-Atombomben einsetzen. Das ist ein verheerendes Signal, nicht nur gegenüber Russland, das diese Aufrüstung möglicherweise als Bedrohung sieht, sondern auch gegenüber anderen Ländern, die momentan auch über eine nukleare Aufrüstung nachdenken.

Putins verkappte Drohung mit Atomwaffen und die Aussagen hochrangiger Russen zum Einsatz von Atomwaffen zeigen, dass Atomwaffen auch als Erpressungsmittel eingesetzt werden. Diese Atomwaffendrohungen unterstützen die aggressive Kriegsführung in der Ukraine. Gleichzeitig glauben viele Menschen, dass jedes Land Atomwaffen brauche, um sich künftig vor solchen Angriffskriegen zu „schützen“. Obwohl wir entgegen, dass Atomwaffen keinen Schutz bieten, sondern uns alle nur bedrohen, führt die hier genannte Logik zu einer Proliferation und zum Kollaps des internationalen Nichtverbreitungsregimes. Wir dürfen nicht glauben, dass nur die fünf „offiziellen“ und die vier „de-facto“ Atomwaffenstaaten sowie ihre Bündnispartner die einzigen bleiben werden, die diese „Sicherheit“ suchen.

Daher müssen wir aus der Eskalationsspirale kommen und weiter an dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt arbeiten. Wenn wir es schaffen, diese Krise zu überleben, dürfen wir nicht in einer Welt aufwachen, in der viele Länder aus dem Nichtverbreitungsvertrag ausgestiegen sind und Atomwaffen produzieren. Stattdessen müssen wir einen Friedensprozess beginnen, der Rüstungskontrolle und Abrüstung als wesentliche Bestandteile beinhaltet und zur Abschaffung aller Atomwaffen beiträgt. Ein juristisches Instrument für die Eliminierung von Atomwaffen – der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) – wird im Juni 2022 in Wien weiter entwickelt. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag signalisiert, sie nehme an dieser Konferenz als Beobachterin teil.

Durch das Festhalten an der nuklearen Teilhabe ist der Beitritt zum AVV für Jahrzehnte praktisch ausgeschlossen. Machen Sie bitte einen mutigen Schritt für den Frieden und eine atomwaffenfreie Welt, indem Sie keine Atombomber anschaffen und das Sondervermögen für eine sozial-ökologische Transformation und zivile Konfliktbearbeitung verwenden statt für eine Hochrüstung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Lars Pohlmeier". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Dr. med. Lars Pohlmeier, Vorsitzender, für die IPPNW